

Blickwinkel

Danke, Linke! Nur weil Ihr Euch keinen Türsteher leisten könnt, der nicht Eingeladene abweist, und deshalb Clanmitglieder und Antisemiten an Euren Wahlpartys teilnehmen, haben wir jetzt eine Diskussion an der Backe, die von Lanz und Illner über Maischberger bis in den Bundestag reicht.

Und, wer hätte es gedacht, sofort meldet sich der Reservekanzler aus Bayern zu Wort. „Nach dem Sieg der Linken bei der Berlin-Wahl stellt CSU-Chef Söder Finanzhilfen für die Hauptstadt in Frage: Sollte die Linke die Regierung anführen, müsse der Hauptstadtvertrag auf den Prüfstand.“ „Uns nervt es langsam ohne Ende, dass wir für die Schwäche anderer und für falsche Politik am Ende bezahlen sollen.“ *BR*

Söder hat das Bundesstaatsprinzip nicht verstanden. Es geht hier nicht um bayerisches Geld, sondern um die gerechte Verteilung von deutschem Geld mittels eines Länderfinanzausgleichs. Was ist denn bitte „die Schwäche der anderen“? Es ist schlicht nicht möglich, überall im Land die gleichen Gewinne zu erwirtschaften. Von der Nordsee bis nach Bayern sollen Trassen gebaut werden, um den Strom zu den Industriestandorten in den Süden zu bringen. Vielleicht wäre es preiswerter, die Industriestandorte in den Norden zu verlagern, und Bayern zum Nehmerland zu machen.

Mit „falscher Politik“ meint Söder hoffentlich nicht, dass jedes Bundesland die Parteien wählen darf, die es will. Richtige Politik wird offenbar nur in Bayern gemacht.

Sachsen-Anhalt steht kurz davor, einen Ministerpräsidenten der als gesichert rechtsextremistischen AfD zu wählen. Wo bleibt der Aufschrei von **Markus Söder**? Zwar erhält das Land „nur“ knapp zwei Milliarden aus dem Länderfinanzausgleich, aber auch das ist ein Betrag, über den man sich aufregen könnte.

Die Berliner Linke hat es geschafft, den Blickwinkel auf das größere Problem zu verschieben. Nicht die Linke ist dabei, ganz Ostdeutschland beherrschen zu wollen, sondern die AfD.

Ein Leser schrieb uns, dass er es bedenklich finde, dass „sich alle auf die Linke einschießen“. Mit aller Macht werde versucht, „pauschal die Linke zu diskreditieren, m.E. aus Angst vor progressiver Politik. Gleichzeitig hört man zu den Wahlerfolgen der massiv erstarkten AfD, in deren Reihen sich Straftäter tummeln, wenig bis kaum kritische Stimmen oder gar Selbstkritik als Ursache für die Ergebnisse.“

Ja, die Linke hat ein Antisemitismus-Problem, das muss sie lösen. Es ist doch nicht auszuhalten, dass

sich AfD-Politiker in einer Bundestagsdebatte als Freunde Israels aufspielen. „Zu einem Schlagabtausch über politische Einstellungen in der Partei Die Linke wurde eine auf Verlangen der AfD-Fraktion angesetzte Aktuelle Stunde am Mittwoch, 23. September 2026. Sie trug den Titel ‚Fälle von Antisemitismus, Polizeifeindlichkeit sowie Nähe zu Islamisten, Linksextremisten und Clans bei den Linken Berlin – Jüngste Entwicklungen in den Blick nehmen‘. Dabei bekam nicht nur Die Linke viel Kritik aus den anderen Fraktionen zu hören, mehrere Redner sprachen auch der AfD die Legitimation ab, Anderen Antisemitismus vorzuwerfen.“ *Quelle: Deutscher Bundestag*

Bevor die AfD über die Linke herfällt, sollte sie sich über ihre Kontakte zu dem zunehmend faschistischen russischen Regime Gedanken machen, das lupenreine Scheinwahlen abhält.

OK. Wie geht's nun weiter? Um die 1,5 Prozent Linke in Bayern muss sich Söder keine Gedanken machen, vielleicht aber um die 15 Prozent AfD-Wähler. In Berlin haben noch keine Sondierungsgespräche begonnen, aber Vorgespräche zwischen Linken und Grünen, meldet der **rbb**. „Man habe vereinbart, zunächst über Sicherheit und den Schutz jüdischen und queeren Lebens, sowie den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus sprechen zu wollen, erklärten Linken-Parteichefin Wolter sowie Grünen-Co-Fraktionschef Graf dem rbb. Auch über gesellschaftlichen Zusammenhalt müsse gesprochen werden. Erst wenn dies geklärt sei, würden reguläre Sondierungen beginnen. Termine dafür gibt es noch nicht.“ *rbb*

Das sind ganz schön dicke Bretter, die gebohrt werden müssen. Warum lädt **Stefan Evers** als zweiter Sieger nicht Grüne und SPD zu Vorgesprächen ein? Es gibt nur zwei Varianten: Rot-Grün-Rot und Schwarz-Grün-Rot. Das Thema Minderheitsregierung sollte schnell wieder begraben werden.

Die Zeit und der **stern** melden, dass am Mittwoch, dem 30. September, ein neuer Fraktionsvorsitzender der SPD gewählt werden soll. Spätestens danach müssen die Gespräche beginnen. Die neue Regierende Bürgermeisterin oder der neue Regierende Bürgermeister sollte noch Zeit haben, die Neujahrsansprache vorzubereiten.

Ed Koch